



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 25.03.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dnr-online.ru: Heute, am 25. März, hat die kommissarische Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa den Verlauf und die Ergebnisse der Sitzung der politischen Untergruppe zur friedlichen Regelung der Situation im Donbass kommentiert, die am 23. März in Minsk stattfand. „Die Sitzung der politischen Untergruppe ... kann in gewisser Weise in zwei Teile aufgeteilt werden. Dies sind die gemeinsame Sitzung mit der Gruppe zu Fragen der Sicherheit während der Wahlen und dann die Arbeit der Untergruppe selbst, die den Fragen der Amnestie gewidmet war. Dies sind Fragen der Realisierung von Punkt 5 des Maßnahmenkomplexes über die Nichtzulassung der Verfolgung von Teilnehmern der Ereignisse im Donbass.

Bei der Arbeit der Gruppe zur Sicherheit wurde ein Dokument vorgestellt, das von OSZE-Vetretern ausgearbeitet worden war, über die Garantie der Sicherheit während der Wahlen. Dieses Dokument benötigt weitere Bearbeitung. Es wurde vereinbart, dass jede der Seite ihre Anmerkungen, Empfehlungen und Zusätze vorstellt und dass diese am 20. April 2016 behandelt werden.

Von den Vertretern der Ukraine wurde die Forderung vorgebracht, dass alle bewaffneten Personen das Territorium der Republik verlassen. Aber bei uns kommt da die Frage auf: wer werden dann die Wähler sein? Weil diese „bewaffneten Personen“ Einwohner der Ortschaften sind, wo die in Übereinstimmung mit dem Maßnahmenkomplex stattfinden sollen. Diese Frage blieb leider ohne Antwort“, berichtete sie.

„Was die Nichtzulassung der Verfolgung von Personen betrifft, so gab es hier auch viele Erklärungen von Seiten der Vertreter der Ukraine. Erstens wurde eine Konzeption vorgeschlagen, irgendeine „Übergangsrechtsprechung“, die große Verwunderung bei den OSZE-Vertretern hervorrief, weil dieser Terminus nicht gebräuchlich ist. Außerdem war der Vorschlag der Anwendung einer „Schuldvermutung“ zu hören – in Umgehung und entgegen allen internationalen Standards der Rechtsprechung und der allgemeinen Deklaration der Menschenrechte.

Im Ganzen bestätigte dieses Treffen, dass der berühmte „Dialog“ zwischen den Vertretern der Kiewer Regierung und Vertretern der Republiken bis jetzt fehlt. Uns hört man nicht an. Ständig werden irgendwelche unlogischen Einleitungen vorgebracht, es gibt Fehlinterpretationen bei der Erfüllung aller Punkte des Maßnahmenkomplexes. Die Vertreter der Ukraine behandeln weiter dieses Dokument auf ihre eigene Art. Aber wir hoffen weiter, dass wir gehört werden, dass es möglich ist, alle Fragen auf diplomatischem Weg zu lösen“, sagte Natalja Nikonorowa.

Dnr-online.ru: In Minsk wurden wieder Verhandlungen der dreiseitigen Kontaktgruppe durchgeführt. Über die Ergebnisse der Verhandlungen der Unterarbeitsgruppe zu humanitären Fragen und dem Gefangenenaustausch informierte die Bevollmächtigte der Republik für Menschenrechte Darja Morosowa.

„Die Verhandlungen in unserer Untergruppe haben zu keinem Fortschritt geführt, aber ich will erklären, dass man uns endlich angehört hat und bald ein Prozess beginnen wird, in dem ein zeitweiliger Rahmen zum Austausch von Gefangenen vorgeschrieben ist. Von Beginn des Verhandlungsprozesses im Rahmen von Minsk-2 haben die Vertreterin der LVR Olga Kobzewa

und ich auf der Annahme eines „Fahrplans“ bestanden, der den Gefangenenaustausch unterstützen wird, aber damals wurde dieser Vorschlag ignoriert. Jetzt sind alle Teilnehmer des Verhandlungsprozesses von seiner Notwendigkeit überzeugt, haben uns in der Schaffung dieses Fahrplans unterstützt und bald werden wir Etappen und Fristen für den Austausch festschreiben“, erklärte die Bevollmächtigte.

Darja Morosowa unterstrich, dass auf dem nächsten Treffen in Minsk der Prozess der Freilassung von Menschen fortgesetzt wird, die ungesetzlich in ukrainischer Gefangenschaft festgehalten werden. „Ich hoffe, dass die Ukraine ihre Humanität zeigt und wir 122 Menschen höheren Alters befreien können. Ich meine, dass die Befreiung der verletzlichsten Kategorie von Menschen die Lösung der humanitären Fragen unterstützen wird“, sagte sie.